

Bern, 20. März 2015

Medienmitteilung

Insgesamt positive Sessionsbilanz für die FDP-Liberale Fraktion

Rückblick auf die Frühjahrsession 2015

Das Zweitwohnungsgesetz ist unter Dach und Fach, das Parlament zeigt Augenmass bei der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative, der Nachrichtendienst erhält im Erstrat eine moderne Gesetzesgrundlage und der Ständerat verpasst eine grosse Chance bei der Strassenverkehrsfinanzierung. Insgesamt zieht die FDP-Liberale Fraktion eine positive Sessionsbilanz.

Endlich Rechtssicherheit

Ein von FDP und SVP geschmiedeter Kompromiss machte es möglich: Das Parlament verabschiedete in den Schlussabstimmungen das abgespeckte Zweitwohnungsgesetz und die Initianten der Volksinitiative verzichten auf ein Referendum. Damit wird die dringend notwendige Rechtssicherheit für alle Betroffenen schnellst möglich geschaffen und die lähmende Situation, welche insbesondere in den Berg- und Tourismusgebieten herrschte, beseitigt.

Keine Freiheit ohne Sicherheit

Neue Gefahren erfordern neue Mittel: Die Bedrohungen haben sich stark verändert. Heute sind unser Land und unsere Gesellschaft durch Terrorismus, verbotenen Nachrichtendienst, Proliferation und anderes bedroht. Der Nachrichtendienst soll deshalb in die Lage versetzt werden, im Sinne der Prävention einen substanziellen Beitrag zur Sicherheit der Schweiz zu leisten. Dies mit dem Ziel, grösstmögliche Freiheit zu garantieren und gleichzeitig die Bevölkerung angemessen zu schützen. Auch die technischen Möglichkeiten sind heutzutage für alle anders und vielfältiger geworden. E-Mails schreiben und online telefonieren sind alltäglich. Deshalb unterstützt die FDP die entsprechenden gesetzlichen Anpassungen.

Augenmass statt Populismus

Die FDP-Liberale-Fraktion unterstützte in den Schlussabstimmungen grossmehrheitlich die ständerätliche Variante zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative. Sie ist die strengst mögliche Umsetzung, welche dem Verhältnismässigkeitsprinzip in Form der Härtefallklausel Rechnung trägt und mit der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK vereinbar ist. So können Ausländer, die eine schwere Straftat begehen, automatisch ausgeschafft werden. Nicht in jedem Einzelfall, sondern nur in klar definierten Ausnahmefällen, sogenannten Härtefällen, können die Behörden auf eine Ausschaffung verzichten. Damit wird ein wichtiges rechtsstaatliches Grundprinzip ebenso respektiert wie der Volksentscheid aus dem Jahre 2010.

Verpasste Chance

Mehr Geld für die Strasse – das fordert die Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“. In den Augen der Initianten sind die Strassenbenützer zu Milchkühen verkommen. Sie verlangen deshalb, dass sämtliche Erträge der Mineralölsteuer für Bau, Betrieb und Unterhalt von Nationalstrassen verwendet werden. Da mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds ein thematisch verwandtes Geschäft zurzeit ebenfalls im Parlament behandelt wird hat die FDP vorgeschlagen, beide Vorlagen zusammen zu beraten. Obwohl dies eine grosse Chance für eine effiziente Behandlung gewesen wäre, hat sie der Ständerat nicht wahrgenommen.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakte:

- › Gabi Huber, Präsidentin FDP-Liberale Fraktion, 076 331 86 88
 - › Ignazio Cassis, Vizepräsident FDP-Liberale Fraktion, 079 318 20 30
 - › Felix Gutzwiller, Vizepräsident FDP-Liberale Fraktion, 079 419 32 55
 - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
 - › Aurélie Haenni, Mediensprecherin Westschweiz, 079 315 78 48
-

FDP.Die Liberalen, Generalsekretariat, Neuengasse 20, Postfach 6136, CH-3001 Bern

T +41 (0)31 320 35 35, F +41 (0)31 320 35 00, www.fdp.ch

Diesen Newsletter [abbestellen](#)